
1916/J XXII. GP

Eingelangt am 17.06.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Petra Bayr und GenossInnen
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
betreffend Allokationsplan für den Emissionshandel zur Reduktion von Kohlendioxid.

Der österreichische Allokationsplan für den Emissionshandel zur CO₂-Reduktion sieht eine Steigerung der österreichischen Emissionen von 18% als angemessen vor, obwohl in der österreichischen Industrie keine Steigerungen seit 1990 zu verzeichnen waren. Angesichts der bereits eingegangenen Allokationspläne - wie auch von Österreich - rügte EU-Kommissarin Margot Wallström die darin enthaltenen schrankenlosen Forderungen, weil damit das gemeinsame Ziel einer Reduktion der Treibhausgase, wie ja im Kioto-Protokoll festgehalten, unmöglich erreicht werden kann.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft folgende

Anfrage:

1. Aufgrund welcher ministeriellen Berechnungen gelangen Sie zu der Ansicht, dass die österreichische Industrie eine Steigerung der CO₂-Emissionen um 18% bis 2012 im Vergleich zu 1990 haben wird?
2. Angesichts der allgemeinen Zielsetzung einer Reduktion der Treibhausgase (Kioto) - mit welcher Begründung streben Sie im Namen Österreichs eine Erhöhung an?
3. Wie haben Sie auf die Rüge der EU-Umweltkommissarin Margot Wallström reagiert?
4. Welche Adaptierungen wird der österreichische Allokationsplan aufgrund dieser Rüge erfahren?
5. In welchen Etappen wollen Sie das Kiotoziel erreichen?
6. Welche zusätzlichen einschneidenden Maßnahmen werden Sie dazu setzen?
7. Wie werden Sie diese Maßnahmen finanzieren?